

## PRESSEMITTEILUNG

### Erklärung der DGB Region Oldenburg-Ostfriesland

27. Januar 2015

Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft – Gemeinsam gegen Ausgrenzung, Rassismus und Rechtspopulismus

Der DGB und seine Gewerkschaften sind aufgrund der Pegida-Demonstrationen in Dresden und anderen Städten und dem wachsenden Rechtspopulismus besorgt.

Der Terroranschlag in Paris darf nicht als Vorwand genommen werden, um noch mehr Rassismus, Antisemitismus und Islamophobie innerhalb der deutschen Gesellschaft zu schüren.

Die WortführerInnen von Pegida beklagen die Opfer des Terrors durch den sogenannten Islamischen Staat (IS). Doch anstatt sich mit den Flüchtlingen zu solidarisieren, die Opfer des IS-Terrors geworden sind, rufen sie jeden Montag zu Demonstrationen auf, die genau diese Flüchtlinge diskreditieren.

Diese Demonstrationen sind gefährlich, weil sie den Boden für rassistische Übergriffe bereiten und die Bevölkerung spalten. Unter dem Deckmantel des Protestes gegen eine angebliche Islamisierung, wird gegen Flüchtlinge im Allgemeinen und Menschen islamischen Glaubens im Besonderen gehetzt.

Den OrganisatorInnen von Pegida geht es allein um Populismus.

Es werden Ängste um die soziale Sicherheit, um Arbeitslosigkeit und um ein gesellschaftliches Miteinander benutzt, um Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu schüren. Gleichzeitig wännen sich Neonazis durch diese „Bewegung“ bundesweit im Aufwind. Es gibt einen rasanten Anstieg von Gewalttaten und Anschlägen. Die Nachahmer von Pegida entpuppen sich dabei nicht selten als Initiativen von Neonazis und Rechtsradikalen.

Region Oldenburg-Ostfriesland

PM

Regionssitz Oldenburg

[oldenburg@dgb.de](mailto:oldenburg@dgb.de)

Kaiserstraße 4-6  
26122 Oldenburg

Telefon: 0441 218 76 10  
Telefax: 0441 218 76 54

Geschäftsstelle Ostfriesland-  
Nördliches Emsland

[leer@dgb.de](mailto:leer@dgb.de)

Jahnstraße 2  
26789 Leer

Telefon: 0491 91 213 0  
Telefax: 0491 91 213 15

Geschäftsstelle Wilhelmshaven

[wilhelmshaven@dgb.de](mailto:wilhelmshaven@dgb.de)

Weserstraße 51  
26382 Wilhelmshaven

Telefon: 04421 180 10  
Telefax: 04421 180 119



Als Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist uns die Unterstützung der bundesweiten Proteste gegen Pegida und ihrer Ableger ein wichtiges Anliegen. Solidarität ist die Grundlage unserer gewerkschaftlichen Arbeit. Nationalität, Herkunft, Religion oder Geschlecht waren nie und werden auch zukünftig kein Grund sein, uns in unseren Grundfesten spalten zu lassen.

Unsere Solidarität gilt allen Menschen, die aufgrund von Krieg, Terror, Verfolgung oder Armut ihre Heimat verlassen mussten und als Flüchtlinge und Asylsuchende in unser Land kommen. Sie gilt auch denjenigen Migrantinnen und Migranten, die seit Jahren mit ihrer Arbeit zu Wachstum, Wohlstand und Vielfalt in Deutschland beitragen.

"Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ist ihrer Tradition und Geschichte verpflichtet: Demokratie und Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit, Solidarität und Toleranz leiten seit jeher unser Handeln." (DGB-Grundsatzprogramm)

Die rassistischen Proteste und die Vorurteile gegenüber Flüchtlingen und MigrantInnen nähren sich auch aus Abstiegsängsten vieler Menschen. Durch zahlreiche Lügen über eine angeblich ansteigende Kriminalitätsrate oder der Verrohung der Gesellschaft, versuchen die InitiatorInnen die Ängste in der Bevölkerung weiter zu schüren. Als Gewerkschaften wollen wir über die wirklichen Fakten aufklären.

Pegida, AfD & Co versuchen, verfehlte Wohnungspolitik, Sozial- und Bildungsabbau, die Rente mit 67 sowie die Absenkung des Rentenniveaus und anderes für ihre Propaganda auszunutzen. Aber nicht MigrantInnen und Flüchtlinge sind schuld am Arbeitsplatzabbau, am fehlenden sozialen Wohnungsbau, Hartz IV, Privatisierungen und einer unsozialen Politik. Nicht MigrantInnen und Flüchtlinge verweigern vernünftige Arbeitsbedingungen und einen Tarifvertrag. Nicht sie sind es, die für eine ausufernde Befristungspraxis in den Betrieben verantwortlich sind.

Wir fordern von den Parteien sich für eine soziale und gerechte Politik einzusetzen, die den Menschen - egal welcher Herkunft und Religion - wieder in den Mittelpunkt des politischen Handelns setzt.

Wir rufen dazu auf, die Probleme dort anzugehen, wo sie verursacht werden.

Wir streiten für eine solidarische Gesellschaft, in der Einkommen und Vermögen gerecht verteilt sind.

Wir rufen dazu auf, gemeinsam mit uns in und außerhalb der Betriebe und Dienststellen aktiv zu werden für soziale Verbesserungen, für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen.

Und wir rufen dazu auf, sich überall an den Protesten gegen Pegida, AfD & Co zu beteiligen.



In den anstehenden Tarifrunden, wie zum Beispiel der Metallindustrie, dem Sozial- und Erziehungsdienst, der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder, der Post, aber auch bei anderen betrieblichen Protesten werden sich KollegInnen mit und ohne deutschen Pass gemeinsam für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen einsetzen. Gemeinsam sind wir auch aktiv für ausreichende Sozialleistungen, eine auskömmliche Rente und die Rekommunalisierung öffentlicher Dienstleistungen. In Verbindung mit der Aufklärung über die falschen Argumente von Pegida & Co. ist dies das beste Mittel im Kampf gegen Neonazis und Rassisten.

"Die Gewerkschaften treten allen Erscheinungsformen von Extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit – auch in den eigenen Reihen – entgegen. Wir werben für Offenheit gegenüber Fremden und Zugewanderten und unterstreichen unsere Verpflichtung, uns in den Betrieben und Verwaltungen für Toleranz einzusetzen." (DGB-Grundsatzprogramm)

*Für eine solidarische und gerechte Gesellschaft – Gemeinsam gegen Ausgrenzung, Rassismus und Rechtspopulismus!*

Wir werben außerdem für die Unterstützung des Internetaufrufes "1 Mio. Unterschriften gegen Pegida".

[https://www.change.org/p/1-mio-unterschriften-gegen-pegida-nopegida?after\\_sign\\_exp=member\\_sponsored\\_donation](https://www.change.org/p/1-mio-unterschriften-gegen-pegida-nopegida?after_sign_exp=member_sponsored_donation)

